

Laibacher Zeitung.

Nr. 238.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11. halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15. halbj. fl. 7.50.

Freitag, 16. October

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1868.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. October d. J. dem Oberfinanzrath und Finanzdirector in Laibach Karl Fontaine v. Felsenbrunn eine systemisirte Sectionsrathsstelle im Finanzministerium allergnädigst zu verleihen geruht.
Brestel m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. October d. J. den Sectionsrath im Handelsministerium Johann Pfeiffer zum Ministerialrath, den k. k. Bezirkshauptmann erster Classe Friedrich Reeder zum Sectionsrath, ferner den Ministerialconcipisten Dr. Johann Georg Woerz und den Generalinspectionscommissär Joseph Pollanek zu Ministerialsecretären im Handelsministerium allergnädigst zu ernennen geruht.
Wener m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat über Vorschlag des betreffenden bischöflichen Ordinariates den Weltpriester Stephan Scurla zum Religionslehrer am Gymnasium zu Nagusa ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. October.

Nachdem wir gestern einer gewichtigen Stimme aus der Wiener Presse über die Ausnahmsmaßregeln der Regierung, Raum gegeben haben, wollen wir auch einen Blick auf die Haltung der cisleithanischen Presse in dieser Frage werfen. Vorläufig widmet blos der „P. M.“ jenen Maßregeln eine eingehende Besprechung, und finden wir in denselben mit Genugthuung ganz dieselbe Auffassung der Dinge, wie sie die Wiener Tagespresse mit seltener Uebereinstimmung zum Ausdruck gelangen ließ.

„Wir bedauern die Böhmen — sagt das bezogene Pester Blatt — daß sie, wenn auch hoffentlich nur für eine kurze Zeit, in der Ausübung von Rechten verhindert sein werden, die für jeden freien Staatsbürger das Werthvollste sind. Wir bedauern aber auch die österreichische Regierung, daß sie durch diese Verordnung das Geständniß ablegen mußte, mit den gewöhnlichen Mit-

tehlen die czechische Bewegung nicht mehr bemeistern zu können. Die Agitationen der ultranationalen Partei in Böhmen sind jedoch so bedenkliche und beklagenswerthe Symptome, daß der cisleithanischen Regierung keine Wahl blieb, denn die Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Sobald es sich einmal darum handelt, ob die persönliche Freiheit, ja sogar die Sicherheit der Bürger von einem fanatisirten Pöbel beschränkt, oder ob dem Fanatismus der Massen, wenn auch durch Ausnahmsmittel, ein Dämpfer aufgesetzt und die Organisation des gegen die Freiheit anderer gerichteten Angriffes durch ein energisches Einschreiten der Staatsgewalt verhindert werden soll, da kann ein Ehrenmann natürlich nicht für einen Augenblick unschlüssig sein, wenn er Recht geben soll, ob der Staatsgewalt oder den fanatisirten Massen.

In einem solchen Falle ist nur eine vernünftige Meinung möglich, und diese lautet dahin, daß die Hydra der Anarchie unbedingt gebändigt werden müsse. Wer in solchen Fällen im Namen des Souverän sein wollen den Pöbel von der Unantastbarkeit der individuellen Freiheit und von andern an und für sich recht schönen Dingen declamirt, dem kann man nur wieder mit der geistreichen Bemerkung jenes französischen Philosophen antworten, der, als von der Abschaffung der Todesstrafe die Rede war, erklärt hatte, daß er damit vollkommen einverstanden sei, nur wünschte er, daß die Herren Mörder den Anfang machen mögen. Man möge die Freiheit anderer nicht bedrohen, friedliche Bürger nicht insultiren, dann wird man auch selbst in der Ausübung seiner vollen Freiheit nicht gehindert werden.“

Aus Spanien laufen bedenkliche Nachrichten ein. Ministerium und Central-Junta arbeiten nebeneinander, ohne daß der Kreis ihrer Befugnisse nur annähernd abgegrenzt wäre und werden daher wahrscheinlich bald in einen Kompetenzconflict gerathen, für dessen Schlichtung kein anderer Richter als die Gewalt da ist. Dabei überbieten sie sich in der Decretirung überliberaler Maßregeln, denen die Mehrzahl der Bevölkerung in den Provinzen und kleineren Städten schließlich doch kaum anhangen dürfte, und schaffen sich damit voransichtlich eine Opposition in den Cortes, mit deren Einberufung man sich allerdings nicht übereilt. Wie es scheint, sollen zuvor Commissäre ausgesendet und das allgemeine Stimrecht nach französischer Weise mit officiellen Candidaturen und allem Zubehör bearbeitet werden. Daß sich die Geldverlegenheiten der Regierung

mehren, ist begreiflich genug. Bereits hat sie in Madrid selbst ein Anlehen von 10 Millionen Realen ausgeschrieben, das aber keine rechte Abnahme zu finden scheint, da die dortigen Capitalisten darauf nur eine Million zeichnen. Der Abschluß einer anderen und bedeutenderen Anleihe ist mit den Financiers, welche sich um die hiesige Bodencredit-Anstalt gruppiren, angebahnt worden und Herr Frömy hat zur Betreibung dieser Gelegenheit bereits am 10. einen seiner Secretäre nach Madrid abgesendet. Die Darleiher verlangen indessen Sicherheit und so wird sich Herr Figuerola dazu verstellen müssen, ihnen eine Hypothek auf die Kunstschätze des Madrider Museums zu geben. Auch eine Verpfändung oder selbst ein Verkauf des Juwelenreichthums, mit welchem in den Kirchen zu Madrid und in den andern Städten die Heiligenbilder geschmückt sind, steht in Aussicht, eine Maßregel, die nicht verfehlen wird, das neue Ministerium in schwere Händel mit der Geistesfreiheit zu stürzen. Der Berichterstatter der „Liberté“ läßt sich über die dortigen Zustände folgendermaßen vernehmen: „Die Unordnung ist überall. Jede der 49 Provinzen Spaniens handelt auf eigene Faust und nach eigenem Ermessen; ein gesellschaftliches Niveau existirt nicht mehr; überall ist das Gleichgewicht gebrochen. Es ist dem Finanzminister heute unmöglich, die zum Gange der Regierungs-Maschine nothwendigsten Steuern einzutreiben. Zur Unterstützung des Wortes: die Cortes werden Rath schaffen, verbreitet sich die Anarchie und macht die Lage Spaniens zu einer äußerst kritischen.“

Der Schluß des Lemberger Landtages

sand am 10. d. Mts. statt. Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha hielt folgende Ansprache an das Haus:

„Meine Herren! Wir sind am Ende unserer jetzigen Landtagssession angelangt. Sie haben schwere Momente miterlebt. Die allgemeine Stimme des ganzen Landes, der Verfassung des Gesamtreiches widerstrebend, hat auch Sie gezwungen, aufzutreten und der Regierung und den Behörden Ihre Gefühle in dieser Richtung zu zeigen. Denn die Decemberconstitution bringt uns in die traurige Lage, welche wir schon längst beklagten, daß Fremde für uns Gesetze machen, welche für sie gut sein können, für uns aber nicht passen. (Beifall.) Ob diese Gesetze von Reichsräthen oder von Hofräthen

Seuiffleton.

Der Feind des Doctors.

(Novelle aus dem Englischen.)
(Schluß.)

Am Vorabend des Weihnachtstages kam Doctor Halliday seinen alten Freund zu besuchen; er war entzückt, ihn so viel besser, als er erwartet hatte, zu finden.

— Eine verständigere Behandlung wäre gar nicht möglich, als die des Herrn Peirce, sagte er. Mit dem Bein siehe es vortreflich, und der Doctor Wrightson könnte sich glücklich schätzen, in so geschickte Hände gefallen zu sein. Unter zwölf Chirurgen hätte er nicht einen gefunden, der fähig gewesen wäre, einen derartigen Bruch so gut einzurichten, setzte Herr Halliday mit Enthusiasmus hinzu.

— Ach! sagte seufzend der alte Doctor, das alles ist recht schön, aber mit mir ist es aus, Halliday. Der Schlag ist zu arg gewesen, ich werde nicht mehr arbeiten können, wie zuvor. Ich bin früher nie krank gewesen, und in meinem Alter erholt man sich schwer von einem so schlimmen Fall. Mein armes Kind wird darunter leiden. Ich hätte früher einen Associé suchen sollen; nun, wäre es nutzlos. Der junge Peirce hat die Zuneigung aller meiner Kranken gewonnen, und ein Associé könnte sich in keinen Kampf mit ihm einlassen. Uebri-gens muß ich gestehen, daß er sehr intelligent ist und seine Sache gut versteht.

— Was hindert Sie dann, ihn zum Associé zu nehmen, Wrightson? Es kann nicht davon die Rede sein, daß ich Ihre Kranken übernehme, ich sage es Ihnen frei heraus; das ginge über meine Kräfte. Glauben Sie mir und arrangiren Sie sich mit Peirce; er ist jung und wird die schwierigste Arbeit gern auf sich nehmen.

— Alle Welt sagt mir das, erwiederte Doctor Wrightson; aber möchte er denn mit mir theilen, was er für sich allein haben kann? Er wird nicht der Narr sein. Alle Damen sind für ihn eingenommen, und er ist sehr populär in Dalhampton. Sie sind meiner müde; ich bin alt, abgenüzt und meiner Aufgabe nicht mehr gewachsen. Peirce ist ein junger Mann, und es ist natürlich, daß er einer jungen Generation besser ansteht. Mit jedem Tage begreife ich das mehr.

— Oh! Papa, lieber Papa, sprechen Sie nicht so, es ist zu schrecklich, rief plötzlich Fanny aus. Alles was Herr Peirce wünscht, ist, für Sie zu arbeiten, bis Sie wieder ganz hergestellt sind. Ich versichere Sie, daß er sehr zufrieden wäre, Ihr Associé zu sein, und daß er alles thun wollte, um sich Ihnen angenehm zu machen. Das ist die reine Wahrheit Papa, die reine Wahrheit.

— Und wie weißt Du das, Kleine? Bist Du die Vertraute des Herrn Peirce? Nun! was geschieht dem Kind? Warum erröthet sie, wie eine Schuldige? Alons, Fanny, mache kein Zieräffchen und sage mir, was Dich auf die Vermuthung bringt, daß Doctor Peirce lieber mein Associé, als mein Nebenbuhler sein wollte.

— Hier ist Herr Peirce selbst, fragen Sie ihn, sagte Fanny, indem sie sich hinter den Bettvorhang ihres Vaters zurückzog, um ihr Erröthen zu verbergen.

— Was ich wünsche mein, Herr, sagte der junge Doctor, indem er sich festen Schrittes näherte, ist mehr noch, Ihr Sohn als Ihr Associé zu sein. Wenn Sie mir aber beides bewilligen wollen, so werde ich mich sehr glücklich schätzen.

Erlauben Sie mir, im Verein mit Ihnen, für unsere theure Fanny zu arbeiten; ich glaube nicht, daß Sie mehr als ich für Ihre Interessen besorgt sein könnten.

Uebrigens bin ich auch nicht ohne Vermögen; mein Vater hat mir eine Rente von zwanzigtausend Francs hinterlassen.

Werden Sie mir nun die Hand Ihrer Tochter bewilligen?

— Wozu darum bitten, junger Schelm? Sie haben von ihrem Herzen, wie mir scheint, ohnedies schon Besitz ergriffen. Ich habe nichts mehr zu sagen, ich bin besiegt. Fanny, wo bist Du? Wie konntest Du so ver-dorbt sein, Deinem alten, kranken Vater einen so schlimmen Streich zu spielen? Schämen Sie sich nicht, Mademoiselle?

— Nicht im mindesten, Papa, denn Sie selbst sind Schuld daran, sagte Fanny, aus ihrem Vestieck hervortretend.

Wenn Sie den armen Montague nicht vom Morgen bis zum Abende geschmähet hätten, so hätte ich nicht daran gedacht, ihn zu vertheidigen, und mich um ihn zu ängstigen. Dann

— Dann wären Sie nie auf die Idee gekommen, an mich zu denken, sagte Herr Peirce halbleise zu Fanny; ich bin ihrem Vater dafür sehr dankbar.

— Gut, gut, macht was Ihr wollt, sagte der alte Doctor. Ich bin ein armer, unnützer und gebrechlicher Greis, aber ich hätte nie geglaubt, daß meine eigene Tochter zum Feind übergehen werde. Da Ber-räther im Lager sind, so bleibt mir nichts übrig, als mich auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Stellt Eure Bedingungen, ich verdiene keine Gnade, denn ich war ein alter, böser, neidischer, eifersüchtiger Narr.

Das ist ein Geständniß, das ich Ihnen schuldig bin, Peirce, und wenn es ein Trost für Sie ist, so mögen Sie erfahren, daß Sie glühende Kohlen auf mein Haupt gesammelt haben.

— Morgen ist Weihnachten, sagte Fanny, indem sie sanft die Hand ihres Verlobten in jene ihres Vaters legte, und wir werden künftighin auch sagen: Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.

herrühren, ist uns gleichviel; wir brauchen Gesetze, welche unseren Bedürfnissen angepaßt sind. (Beifall.)

Sie haben, meine Herren, unter den vor Ihnen liegenden Wegen gewählt. Sie haben den Weg des Fortschreitens auf gesetzlicher Grundlage und ohne Abweichung vom Rechte gewählt. Das ist der richtige Weg, welcher vielleicht langsamer, aber sicherer zum Erfolge führt; alle anderen führen zur Anarchie. Was wäre ein Landtag, welcher sich nicht auf das Recht stützen wollte? Sein ganzer Bestand beruht nur auf dem Rechte. (Bravo!)

Sie haben noch ein wichtiges Gesetz beschlossen, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Juden. Dieses Gesetz war zeitgemäß, war ein Bedürfnis unseres Landes, und Sie haben damit gezeigt, daß Sie allen Staaten Europa's gleichstehen. (Bravo!)

Sie haben traurige Ereignisse gesehen. Sie freuten sich über die bevorstehende Ankunft des Kaisers und der Kaiserin. Das ganze Land war in Bewegung, jeder wollte dem Kaiserpaare seine Anhänglichkeit, seinen guten Willen zeigen. Wir hätten die Majestäten nicht mit Reichthümern empfangen, denn diese besitzen wir nicht; aber wir hätten sie mit offenen Herzen empfangen. (Beifall.) Die Umstände haben es anders gefügt. Die Centralisten und Fremden wollten behaupten, daß unsere Wünsche daran schuld waren; ich bestreite dies, denn wie könnte es uns der Kaiser übelnehmen, wenn wir die Rechte gebrauchten, welche er uns verliehen hat, welche wir durch seine Gnade besitzen? (Beifall.)

Es berührte uns noch ein schmerzliches Gefühl, als wir unseren Statthalter verloren, welcher uns durch so viele Jahre Führer war, welchem wir unser Vertrauen zuwenden, und an welchem wir einen Vermittler zwischen uns und den höheren Behörden besaßen. Aber lassen Sie uns die Hoffnung nicht verlieren: das Kaiserpaar wird uns noch besuchen und der Statthalter auf seinen Posten zurückkehren. (Stürmischer Beifall.)

Lassen Sie uns, indem wir unsere Sitzungen beschließen, die Hoffnung mitnehmen, daß der Kaiser kommen werde, und daß die Kaiserin so gnädig sein werde, uns ebenfalls zu besuchen. Sie wird für uns Gefühle der Zuneigung hegen. Wir wissen, wie Sie für Ungarn gesinnt war; wenn wir Ihr treue, anhängliche Herzen entgegenbringen, so wird Sie uns ebenso gnädig gesinnt sein. Jetzt lassen Sie uns ausrufen: Es lebe der Kaiser! Es lebe die Kaiserin!" (Stürmisches dreimaliges Hoch.)

Dr. Mayer: In welchem Lichte immer sich die eben beendigte Landtagsession auf Grundlage der Geschichte dieses Landes darstelle, jedenfalls können wir, mit unserem Gewissen abrechnend, die Ueberzeugung mit uns nehmen, daß wir nur dasjenige zum Ziele unserer redlichen Bestrebungen machten, was von der Wohlfahrt dieses Landes und daher auch des Staates unzertrennlich schien, und daß wir dieses Ziel mit Ausdauer nach unseren Kräften und nach Möglichkeit angestrebt haben. Ist es uns erlaubt, bei unserer Rückkehr an den häuslichen Herd die Ueberzeugung von einem Erfolge unserer Bestrebungen mitzunehmen, so darf dieses Haus die Verdienste des erlauchten Mannes nicht unerkannt lassen, welcher unsere Arbeiten geleitet, welcher selbst im Momente des heftigsten Streites der Meinungen, die Fäden der Verhandlung in seiner unparteiischen Hand haltend, dieselbe im Geiste der Liebe und Wahrheit zu leiten mußte. (Beifall.)

Wo die Arbeit unter den Losungsworten Wahrheit und Liebe geführt wird, da kann auch ein drittes Losungswort nicht fehlen und dieses ist die Wohlfahrt, die Wohlfahrt des Landes, welche wir anstreben. Im Namen dieser Losungsworte, welche schon lange den Namen unseres erlauchten Marschalls umstrahlen, in voller Anerkennung seines Verdienstes und zur schwachen Belohnung seiner mühevollen Arbeit finde unsere Achtung, unser Vertrauen und unsere Dankbarkeit ihren Ausdruck in einer letzten herzlichen Aeußerung unserer Gefühle. Es lebe der Fürst Landmarschall! (Minuten lange Hochrufe und Beifallsbezeugungen.)

Graf Goluchowski: Sie sind zu gütig, meine geliebten Collegen, wenn Sie auf meine Bestrebungen mit so gütigem Auge blicken. Ein so liebevoller und herzlicher Ausdruck der Wünsche des Landes, als es die unbediente, mit solcher Begeisterung, in so schmeichelhaften Ausdrücken geschene Anerkennung von Seiten des versammelten Landtages ist, rührt mich zu sehr, als daß ich Worte zu einer Erwiderung finden könnte. Ich danke Ihnen und bitte, diese Anhänglichkeit auch ferner zu bewahren, nicht bloß für mich, sondern auch für diejenigen, die mir am nächsten stehen — für meine Kinder.

Der Landmarschall: Ich danke freudig für Ihre herzlichen Gefühlsäußerungen. Ich habe mich stets bestrebt und werde immer bestrebt sein, so weit meine Kräfte reichen, für das Land zu arbeiten; eine solche allseitige Anerkennung gibt mir einen neuen Sporn, ist mir eine neue Ermuthigung, mit Ihnen zusammen dem Lande zu dienen.

Bu der Friedensstimmung in Paris

erfahren wir nachträglich, daß Napoleon an einem Entwaffnungsmanifest arbeitet, welches an alle europäischen Staaten gerichtet werden, aber auf Preußen gemünzt sein soll. Der leitende Gedanke darin soll nach der „R. Z.“ etwa folgender sein: Preußen (mit Süddeutschland) kann eine Million Soldaten auf die Beine stellen — Frankreich mußte sich einrichten, daselbe zu thun — alle übrigen Staaten haben mehr oder minder uns folgen und ihre Heere proportionell vermehren müssen. Das Resultat dieser Bewegung ist die Vermehrung der Ausgaben, das Ende der finanzielle Ruin. Ehe dieser kommt, müssen wir entwaffnen, unsere bewaffnete Macht reducieren. Damit dies aber nicht zum Schein, wie bisher, sondern wirklich geschehe, und die Welt auch die Gewißheit habe, daß es geschehe, muß eine internationale Commission bestellt werden, welche die Ausführung der Maßregel überwacht und nöthigenfalls da, wo sie nicht ausgeführt werden wollte, erzwingt. Die einzelnen Regierungen werden natürlich, sobald dieses Manifest erlassen, eingeladen, demselben ebenso ihre Zustimmung im Princip zu geben, wie dem russischen Humanitätsvorschlage (!) hinsichtlich des Gebrauches explosivender Kugeln, und dann unter dem Zujuchzen der Völker, die von schweren Lasten befreit werden, auf einem Congresse oder wie man es sonst nennen will, die Ausführung der Maßregel zu berathen und die internationale Entwaffnungs-Commission zu ernennen. Der Kaiser kommt auf Umwegen wieder auf den internationalen Congreß zurück, dessen mehrfaches Scheitern ihm schwer im Magen liegt.

Daß die Spitze des an und für sich vortrefflichen Vorschlages aber gegen Preußen gerichtet ist, ergibt sich bei einigem Nachdenken von selbst. Die anderen Staaten mit Rekrutirungssystem und normirter Aushebung können nach Belieben ihre Armee vergrößern oder verringern, ohne ihr System zu ändern — Preußen kann es nicht, ohne sein System zu modificiren. Weigert es sich, so würde also am Ende doch aus diesem Entwaffnungs- und Friedensmanifeste der Krieg im geeigneten Momente hervorgehen — veranlaßt durch Preußen, das der Welt jene Garantie des Friedens verweigerte, welche die anderen Monarchen bereit seien zu gewähren. Der Entwaffnungs-Congreß, der scheinbar zum Frieden führen sollte, würde demnach in der That gewissermaßen in einer europäischen Execution gegen den widerspenstigen Störfried endigen. So rechnet man jetzt, die Lage der Dinge ordnen zu können, — ob die Rechnung Stich hält, wird die Zukunft lehren, vorläufig aber trifft das französische Kriegsministerium umfangreiche Maßnahmen, um in Oesterreich Schlachtvieh-, Pferde- und Lederankäufe zu bewerkstelligen. Ein Blatt meldet darüber, daß sich ein Herr Elie van der Elst in Wien befindet, um die betreffenden Aufträge zu effectuiren. Bei den Pferde-Ankäufen werden zumeist kleine, ungarische Pferde ins Auge gefaßt, die sich für die leichte Cavallerie eignen. Wie bedeutend die beabsichtigten Ankäufe sind, geht daraus hervor, daß Herr van der Elst mit einem einzigen Viehhändler auf dem Wiener Plage auf nicht weniger als 10.000 Stück Ochsen accordirt hat.

Ein Retter Spaniens.

Paris, 11. October. Die Einstimmigkeit womit alle Blätter die Abreise des Herrn Salustiano Olzaga nach Madrid als ein Ereigniß melden, beweist, daß man diesem Staatsmann eine außerordentlichen Einfluß auf die Herstellung einer neuen Ordnung zutraut. Gegenwärtig 65 Jahre alt, war Olzaga als Civilist der hervorragende Factor der spanischen Ereignisse seit 1831, und der denkende Kopf aus dem die Verfassungen von 1837 und 1855 hervorgingen. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses von 1837 faßte er vorzüglich den Bestand des Throns und der Ordnung ins Auge. Insbesondere er setzte es durch, daß der von der Krone zu ernennende Senat heibehalten wurde. Doch beschränkte er die königliche Gewalt im Sinne des Zeitgeistes und der vorgeschrittenen Bildung. Auf seinen Antrag votirten die Cortes die Aufhebung der Klöster, die Abschaffung des Kirchenzehnts und die Wahlreform. Die Reactionen der Soldateska und der Camarilla folgten sich Schlag auf Schlag, bis 1854 eine ernsthaftige Bewegung den Thron erschütterte. Sie führte zur Verfassung von 1855, welche Spanien abermals Herrn Olzaga verdankte. Nochmals erklärte er sich für die Monarchie, aber er entzog ihr eine bedeutende Stütze, indem er den Senat aus den Volkswahlen hervorgehen ließ. Der Liberalismus dieser Verfassung neigte schon zur Demokratie, obschon Olzaga die äußerste Linke noch bekämpfte. Die neue Verfassung war an und für sich eine zu radicale Revolution, um nicht die Gegenrevolution im Keim zu entfalten. Auf Espartero, der sich für immer zurückzog, um die Monarchie endlich ihrem Schicksal zu überlassen, folgten O'Donnell, Narvaez, Gonzalez Bravo bis Masori, der die Königin nach Pau brachte. Seit 1856 war S. Olzaga der erste, welcher den Sturz der Bourbonen als die oberste Nothwendigkeit der Rettung Spaniens erklärte. Dieser Gedanke hat sich seitdem zu einem nationalen Programm gestaltet. In Paris legt man Herrn Olzaga eine so große Wichtigkeit bei, weil

man nicht zweifelt, er werde bei der dritten Verfassung Spaniens eine entscheidende Stimme haben, und vielleicht dem Militarismus die Stange halten. Olzaga wird ohne Zweifel weiter gehen als 1837 und 1855. Der nächste Fortschritt führt ihn aber schon auf die äußerste Linie der Monarchie, entweder bis zu dem unlogischen Umding, das man demokratische Monarchie nennt, oder zur Republik, welche man als eine Episode zwischen einer revolutionären und reactionären Dictatur betrachtet.

Spanien hat seit 35 Jahren furchtbare Erfahrungen gemacht, welche die Monarchie um so mehr zu verurtheilen scheinen, als neben dem Militarismus und dem Ultramontanismus die Selbstregierung und Autonomie des Provinzlebens in ursprünglicher Kraft durch alle Reactionen und Umwälzungen hindurch sich erhielten. Insbesondere die letztere Erscheinung weckt das Nachdenken der Franzosen, und liefert ihnen ein neues schlagendes Argument gegen ihre äußerste Centralisation. Die aufrichtige und warme Theilnahme der Franzosen an der Bewegung jenseits der Pyrenäen bestimmt sie, den Spaniern ihre wüsten Erfahrungen seit 1848 ans Herz zu legen, und sie zu beschwören, daraus praktische Anwendungen zu schöpfen. Die französische Opposition und Demokratie hoffen in den spanischen Ereignissen ihre eigene Geschichte von 1848 so wieder zu erleben, wie sie dieselbe nach den seitdem gemachten Erfahrungen gestalten würden. Das materielle Interesse Frankreichs an der spanischen Bewegung ist nicht minder groß. Spanien hat in wirtschaftlicher Beziehung seit 25 Jahren trotz alledem schätzenswerthe Fortschritte gemacht. Eine neue Ordnung würde den industriellen und commerciellen Verkehr mit Spanien mindestens verdoppeln. Der Kaiser bleibt über die spanischen Ereignisse ganz und gar zugeknöpft. Sein Scepticismus und seine geringe Menschenachtung sind nur zu begreiflich. In sechs Wochen wird man ungefähr wissen, wie es um Spanien steht. Der Kaiser wird seine Aufstellung dem neuen Spanien gegenüber, das auf Frankreich so oder so zurückwirken muß, wohl erst in der Thronrede bei der Eröffnung der Kammern nehmen.

Gladstone's Wahlmanifest.

London, 10. October. Gladstone hat vorgestern sein Manifest an die Wähler im südwestlichen Lancashire erlassen. Er schreibt das Abtreten des Cabinets Russell im vorigen Jahre der Opposition gegen dessen Reformvorschlüge und der Zuversicht zu, durch jenen Schritt gerade den Triumph der Reform beschleunigen zu können. Die Reformbills, und namentlich die für England berechnete — welche von dem jetzigen Cabinet eingeführt worden — trugen die Zeichen des Conflict und des Machwerks an sich, und es bliebe Aufgabe des Parlaments, die der Reformacte einverleibten gehässigen und störenden Klauseln zu beseitigen. Auf das Gebiet der Staatsfinanzen übergehend, schiebt Gladstone dem schnellen Wachsen des Reichthums in den unternehmungslustigen Bevölkerungsschichten die verringerte Wachsamkeit über die wesentlichsten Ausgabenetats des Staates zu; und so sei es gekommen, daß die gegenwärtige Regierung das Ausgabenbudget um 3 Millionen Pfund Sterling belastet habe, ohne daß dafür eine Rechtfertigung angeführt werden könne.

Keine Frage trete mit solchen Verwicklungen auf, als die über das beste System der Elementar-Erziehung. Es stelle sich als im höchsten Grade wünschenswerth heraus, daß der Staat in keiner Weise sich in eine Verantwortlichkeit für die Unterweisung in besonderen oder widersprechenden Glaubensbekenntnissen in solchen Schulen einlasse, welche aus nationalen Fonds subsidirt würden.

Eine Frage werfe ihren Schatten über alle anderen hinaus. Dies seien die Zustände Irlands, wo die Stimmung einer beträchtlichen Einwohnerzahl gegenüber der Regierung und dem Throne ganz entschieden die Aufmerksamkeit aller Staatsmänner und guten Bürger verlange. Eine wahrhaft liberale Politik müsse es verstehen, die Gesetze in Irland ebenso in Respect zu erhalten, wie solches in England geschehe, und zwar dadurch, daß man im Geiste jener Nation das Vertrauen erzeuge, daß das Gesetz als ein Freund und nicht als ein Feind betrachtet werde müsse. Schon 1866 habe Lord Russells Regierung eine Bill eingebracht, welche den Pächtern Ansprüche auf Entschädigung für vorgenommene Verbesserungen gewähren wollte, aber das jetzige Cabinet habe verhindert, daß jene für das Wohl Irlands bestimmte Bill Gesetz wurde. In seiner Politik in Betreff der kirchlichen Verhältnisse in Irland habe das damalige Cabinet die Interessen und die Ueberzeugungen jenes Landes in Betracht gezogen und den Gegenstand für reif erachtend, und jetzt in Opposition die Abschaffung der irischen Staatskirche befürwortet. Diese sei eine Kirche der Minorität, aber reich an Gut und Einfluß und Macht. Doch dies mache den Fall nur schlimmer, denn wenn eine Nationalkirche nicht die Kirche der Nation sei, müsse sie wenigstens die Kirche der Armen sein. Sie sei in Irland das Denkmal früherer Unterdrückung, führe Religion und Politik zugleich in den Streit. Beseitigung dieser Kirche sei eine Pflicht der öffentlichen Gerechtigkeit und absolut nothwendig, um damit eine in der ganzen Welt bekannte Schmach verschwinden zu machen. Diese Politik liege vor, offen,

klar und genau bezeichnet, sie sei die einzige gerechte, die einzige, welche sich biete und für diese hoffe er vertrauensvoll auf die Zustimmung seiner Wähler.

England auf der Defensiv in Indien.

Der „Morning Herald“ läßt sich angelegen sein, alle Zweifel zu beseitigen, die noch irgendwie obwalten sollten, daß die unter dem Commando von General Wilde stehenden 20.000 Mann auserlesener indischer Truppen noch eine andere Bestimmung haben könnten, als die Hand voll Rebellen des Hazazabekirkes zu Paaren zu treiben. Er gesteht ein, daß eine Expedition gegen die räuberischen Gebirgsstämme, welche das Afghanistan vom britischen Reiche scheiden, im Werke sei, und motivirt sie folgenderweise:

„23 Kriege in 19 Jahren! Und mit wie geringem Erfolge! Wir waren nicht im Stande, unsere kaum 800 (engl.) Meilen lange Grenze wirksam zu decken. Und doch ist die Vertheidigung unseres indischen Reiches eine Lebensfrage für uns. Angenommen, daß das Vordringen Russlands in Centralasien ein leerer Papanz sei, und daß wir die Gebirgsbezirke nicht aus bloßen Gesundheitsrückichten für unsere Soldaten einverleiben dürfen, so bleibt doch immer noch die Thatsache, daß wir unverbesserliche, uncivilisirte und räuberische Nachbarn haben, welche ewig unsere Feinde bleiben werden. Allianzen mit ihnen abzuschließen, wäre ein nutzloses Beginnen; denn nimmermehr würden Hazariten und Wahabiten sich durch sie gebunden erachten. In ihrer Mitte wurzelt eine alte Verschwörung, die sich die Verdrängung Englands aus Indien zum Ziele gesetzt hat, und schon vor 12 Jahren lautete das Gutachten dreier erfahrener Commissäre des Nordwestens dahin, daß wir ohne Unterwerfung der räuberischen Gebirgsstämme niemals eine feste Grenze des Pendschab unser Eigen nennen werden. Was sollte uns Bedenken gegen ihre Bekriegung einflößen? Von ihrer natürlichen Unabhängigkeit reden, ist Unsinn. Früher oder später müssen wir doch mit ihnen in einen unerbittlichen Kampf verwickelt werden, wie die Bürger der Vereinigten Staaten mit den Rothhäuten an ihren Grenzen. Wir sind ihrer Intriguen satt und der Zeitpunkt ist gekommen, die wahren Grenzen unseres indischen Reiches bleibend in Besitz zu nehmen.“

Oesterreich.

Wien, 14. October. Die „Br. Abdpst.“ schreibt: Es ist in jüngster Zeit mehrfach vorgekommen, daß in den öffentlichen Blättern über den Beamtenstand im Königreiche Böhmen, insbesondere aber über die Beamten der k. k. Statthaltereien in Prag Notizen erscheinen, welche geeignet sind, dieselben in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, und durch welche sich die Angegriffenen um so mehr gekränkt fühlen müssen, als ihre Pflichttreue und Opferwilligkeit in den competenten Kreisen vollständig anerkannt wird.

— 12. October. (Vorlagen für den Reichsrath.) Wie man der „N. Fr. Pr.“ berichtet, wird dem Abgeordnetenhause des Reichsraths sogleich nach seinem Zusammentritte außer der am Sonntag erschienenen Verordnung über die Suspension der Grundrechte auch ein besonderes Gesetz über die Verhängung des Belagerungszustandes vorgelegt werden. Ferner wird sich unter den Vorlagen der Regierung außer dem Wehrgesetz auch das Gesetz über die Errichtung des Reichsgerichts befinden.

— (Rückgabe von Kunstgegenständen an Italien.) In voriger Woche ist von Hofrath von Armet als österreichischem Commissar und andererseits von dem italienischen Deputirten Giacomelli und Archiv-Director Gar von Venedig der Verbalproceß über die Kunst- und Archivgegenstände unterzeichnet worden, welche gemäß dem Friedensvertrag von 1866 von Oesterreich zurückgegeben wurden. Die Restitution beschränkt sich ausschließlich auf die im Jahre 1866 nach Wien geschafften Gegenstände, nicht — wie mehrfach behauptet wurde — auf alles, was seit dem Frieden von Campoformio aus Venedig entfernt worden war. Es sind etwa 300 Folianten und gegen 200 Kunstgegenstände. Die Arsenal-Gegenstände wurden jetzt noch nicht erledigt, weil eine Differenz im Inventar die Feststellung der gegenseitigen Ansprüche nicht gestattete.

Prag, 13. October. (Auflösung der Communalpolizei — Ein Circular des Statthaltereileiters.) Dem Bürgermeister Dr. Klondy ist gestern im Wege der k. k. Statthaltereien eine kaiserliche Entschliessung zugekommen, welche bestimmt, daß alle jene Agenden der Localpolizei, welche bisher dem Prager Magistrat übertragen waren, sofort an die Staatspolizei zu übergeben sind, und daß überhaupt „bis auf Weiteres“ der status quo ante wieder herzustellen ist, wie er vor der a. h. Entschliessung vom 3. 1866 bestand, mittelst welcher die Handhabung der Local- und gerichtlichen Polizei dem Prager Magistrat a. g. übertragen wurde. In Folge dessen hat gestern eine außerordentliche Stadtraths-sitzung stattgefunden, in welcher vor allem beschlossen wurde, der kaiserlichen Entschliessung ohne jede Widerrede sofort Folge zu geben. Weiters wurde beschlossen, daß für heute das Stadtraths-Collegium zu einer Sitzung einzuberufen sei, in welcher der Stadtrath detaillirte Anträge wegen der Entlassung der provisorisch

angestellten Organe der Stadtpolizei, so wie wegen der Auflösung der Communalwache stellen wird. Bezüglich der letzteren wurde eine Zuschrift des k. k. Polizeidirectors Herrn Hofrath Ritter v. Straub verlesen, mittelst welcher angesprochen wird, die Communalwache der k. k. Polizeidirection unterzustellen. In dieser Forderung glaubt indes der Stadtrath nicht eingehen zu können, indem die Mannschaft der Communalwache im Dienstverhältnisse zur Gemeinde steht, gegen vierzehntägige Kündigung aufgenommen ist und demnach keiner anderen Behörde übergeben werden kann. Es wurde dem zufolge auch, wie bereits erwähnt, deren Auflösung beschlossen und hat sich der Stadtrath nur vorbehalten, jene Anzahl Wachtleute beizubehalten, welche zum Gemeindevienste und zur Aufsicht in den städtischen Anlagen nothwendig sind. — Ein Circular des Statthaltereileiters FML. Freiherrn von Koller an die Beamten, welches gestern erlassen wurde, gedenkt ähnlich wie die Proclamation, der excessiven, die Befassung und Grundgesetze bedrohenden Vorgänge und enthält den Passus: Ich bin Soldat, und werde daher besonders auf die Angelegenheiten, welche die Polizei, die öffentliche Ruhe und Ordnung betreffen, mein Hauptaugenmerk richten; die übrigen Angelegenheiten bleiben, so weit möglich, dem bisherigen Statthaltereileiter Henniger überlassen. — Freiherr von Koller hat dem Bürgermeister Dr. Klondy mittelst einer eigenen Zuschrift seinen Amtsantritt notificirt und den Bürgermeister ersucht, ihn in seinen schwierigen Obliegenheiten kräftigst zu unterstützen.

Lemberg, 14. October. (Krakauer Universität.) Die amtliche „Gazeta Wowska“ veröffentlicht eine kaiserliche Entschliessung vom 3. d., wonach an der Krakauer Universität außer den bestehenden polnischen Vorträgen solche noch aus dem Civil- und Strafrecht, dem Civil- und Strafrecht, dem Handels- und Wechselrecht eingeführt, ferner theoretische Staatsprüfungen in Krakau und Lemberg und Doctorsprüfungen in Krakau in polnischer Sprache gestattet werden. Die hiesigen Normal Schulen wurden wegen des herrschenden Scharlachfiebers geschlossen.

Rusland.

Turin, 11. October. (Mission nach Paris. — Tabakregie. — Italienisch-österreichische Restitutionscommission. — Diebstahl. — Tarifangelegenheit.) Man spricht von einer demnächst bevorstehenden Mission Lamora's oder einer anderen politischen Persönlichkeit nach Paris, wobei es sich zunächst um die römische Angelegenheit handeln soll. Thatsache ist, daß Barbolani, Generalsecretär im Ministerium des Aeußern, eiligst zu Cavaliere Nigra nach Paris abgereist ist, um über die Sachlage genau informiert zu werden. Die liberale Presse hat gleich von Anfang an darauf gewiesen, daß Italien die für Frankreich durch die spanischen Ereignisse geschaffenen Verlegenheiten geschickt benützen müsse, um daselbe den italienischen Forderungen zugänglich zu machen. Wir wissen zwar, daß Menabrea einen Versuch in dieser Richtung gemacht hat, aber derselbe ist bekanntlich sehr schlecht gelungen. Wenn sich jetzt die Verhältnisse geändert haben, so muß sich für die Tuilerien selbst eine Veranlassung geboten haben, gegen Florenz eine etwas andere Sprache zu führen. Ehe wir aber nicht bestimmtere Anhaltspunkte haben, theilen wir nicht entfernt die sanguinischen Hoffnungen, daß die Räumung des Kirchenstaates unmittelbar bevorstehend sei. — Das Hauptinteresse des Tages knüpft sich an den Erfolg der Emission der Tabakobligationen; die Reclame ist mit all' ihrer Macht für diese Sache eingetreten, nach den bisherigen Nachrichten scheint aber gerade in Italien kein richtiges Vertrauen erweckt worden zu sein. Unsere vorsichtigen Leute wollen finden, daß bei dem ganzen Geschäft nur die Unternehmer fette Percente ziehen, während für die Subscribern ein ziemlich bescheidener Gewinn zu erwarten sei. Der Hauptstich der mitbetheiligten Tabakregie wird Frankfurt sein, dessen Bankiers den größten Theil der 33,020,000 Lire einstreichen werden, welche für Interessen und Kosten auf unserem Budget lasten. — Die italienische Commission für die Zurückstattung der venetianischen Kunst- und Archivgegenstände ist in Venedig eingetroffen, nachdem sie die betreffenden Gegenstände in Wien in Empfang genommen. Die Documente sind in 86 Kisten verpackt; von den Kunstwerken, etwa 200, wurden nur diejenigen zurückgestellt, welche im Jahre 1866 weggeführt worden sind, nicht aber die in früherer Zeit nach Wien geschafften. Von dem Original der „Diari“ des Sanudo fehlt der letzte (59.) Band, der in Wien nicht aufgefunden werden konnte; glücklicher Weise existirt eine Copie in der Marciana. Mit Betrübnis sah man das Modell des Buccentoro in Wien verbleiben; im allgemeinen wird aber das freundliche Entgegenkommen in Wien von den Commissären rühmend anerkannt. — Zu Verona ist in der Eisenbahnstation Porto Vescevo ein Diebstahl von 10.200 Lire begangen worden, die aus einer Caffe genommen wurden, welche 60.000 Lire Goldgelde enthielt. — Nachdem die Tarifverhandlungen mit der österreichischen Südbahngesellschaft in Betreff der Tarife beim Uebertritt von Gütern aus dem Venetianischen nach Oesterreich keinen Erfolg gehabt haben, wodurch Venedig gegen Triest in großem Nachtheil steht,

namentlich was die Verbindungen mit Hamburg betrifft, so beabsichtigt die italienische Regierung diese Frage jetzt zum Gegenstand einer internationalen Verhandlung zu machen.

Paris, 13. October. (Verschiedenes.) Der Graf von Girgenti ist gestern in Paris angekommen. — Marquis de Moustier hat sich nach Besancon und nicht nach Biarritz begeben. — Die „France“ betrachtet die Gerüchte über die dem Kaiser zugeschriebenen Reactionsprojecte als jeder Begründung entbehrend. — Der Zustand des Grafen von der Goltz hat sich verschlimmert. — Der „Gaulois“ sagt: Wir haben Grund zu glauben, daß Prim an den Prinzen Napoleon ein Schreiben gerichtet habe, welches bestimmt sei, dem Kaiser mitgetheilt zu werden. Das Schreiben soll von dem Wunsche der provisorischen Regierung Kenntniß geben, mit Frankreich die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Die provisorische Regierung habe keinen vorgefaßten Gedanken über einen Throncandidaten und werde darnach streben, daß die Wahl auf einen Europa im allgemeinen, Frankreich aber besonders sympathischen Prinzen falle. — Ein Decret des Justizministers hebt den Jesuiten-Orden auf der Halbinsel und den Inseln auf und befehlt, daß dessen Collegien und sonstigen Institutionen in drei Tagen geschlossen werden. Dessen bewegliches und unbewegliches Eigenthum wird der Nation gehören.

Madrid, 13. October. (Zollreform.) Ein Decret des Finanzministers hat das Zollamt für Madrid aufgehoben und den freien Verkehr im Innern sowohl für in- als ausländische Waaren gestattet. Die Zollämter in Brun, Santander, Bilbao und Alicante werden ebenfalls diesem Decrete gemäß organisiert werden.

London, 13. October. „Daily News“ melden: Lord Stanley und Newbery Johnson unterzeichneten heute ein Protokoll, welches die Basis zur beiderseitigen befriedigenden Lösung der Naturalisationsfrage enthält.

Belgrad, 14. October. (Die Confrontation Alexander Karageorgievich's) mit seinen Complicen wurde gestern beendet. Das Dampfboot „Maximilian“ ist mit Karageorgievich, der Gerichtscommission und dem österreichischen Generalconsul von Belgrad, von Kallah, heute früh nach Pest abgefahren. Ein Semliner Bürger, der als compromittirt erschien, wurde mit abgeführt.

Bukarest, 13. October. (Der Justizminister hat sich nach Galatz begeben, um den Thatbestand bezüglich der Excesse festzustellen. Die Regierung erklärte, die Beschädigten schadlos halten zu wollen. Der Polizeipräsident und der Commandant der Nationalgarde in Galatz wurden durch andere Functionäre ersetzt. — Der preussische Oberst Krenski ist in Bukarest angekommen.

Washington, 13. October. (Anerkennung der spanischen Regierung.) Die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt die von Seite ihres Gesandten in Madrid erfolgte Anerkennung der neuen spanischen Regierung.

New-York, 13. October. (Der Generalcapitän von Cuba,) Versundi, hat eine Proclamation erlassen, worin er die provisorische Regierung von Spanien anerkennt.

Tagesneuigkeiten.

— (Eine treffende Antwort.) Die „Correspondenz“ und der „Nar. Potrot“ forderten in ihren Montagsnummern angesichts der ersten Situation, in der sich gegenwärtig die Hauptstadt Böhmens und deren Vorstädte Smichow und Karolinenthal befinden, die Bevölkerung auf, gegen das Militär nicht provocirend aufzutreten und überhaupt den „gewohnten“ Tact und Mäßigung an den Tag zu legen. „Wir glauben — schreibt diesen Auslassungen gegenüber die „Prager Zeitung“ — daß für den Kern der Bevölkerung eine solche Mahnung nicht nur überflüssig, sondern geradezu beleidigend ist, dem anderen Theile aber, nämlich den „Herren Gassenjungen“ von gewohntem Tacte und Mäßigung zu einer Zeit zu sprechen, wo bereits außerordentliche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen werden mußten, das ist, gelinde gesagt, entweder abel angebrachter Scherz oder Heuchelei. Warum wußte der „Narodni Potrot“ vor acht Tagen kein „Wort zur Zeit“ zu sagen, warum ist ihm gerade nur das Militär so ans Herz gewachsen, daß er es heute als einen Schaden für „unsere“ Sache erklärt, dasselbe zu necken oder zu verböhnen? Sollten wirklich, wie er behauptet, die bösen „Wiener Blätter“ den gestrigen „Labor“ auf der Kaiserwiese verschuldet haben? Wir hätten wenigstens nie gedacht, daß die Wiener Journale sich eines solchen Einflusses bei unsrem süßen Pöbel, der doch das Hauptcontingent solcher Labors bildet, zu erfreuen haben. Und die „Correspondenz“, die sich so gern auf das Beispiel Ungarns beruft, könnte sie uns nicht ein ungarisches Journal nennen, das sich rühmt, Organ einer politischen Partei zu sein und dabei Excesse des Straßenpöbels beschönigt oder gar in der Weise glorificirt hätte, wie es in den jüngsten Tagen hier bei uns geschehen ist? Die Zeit ist wahrlich nicht danach angethan, um Vorwürfen, und wären sie noch so gerecht, Raum zu geben, aber das tiefste Bedauern muß man denn doch darüber aussprechen, daß die föderalistischen Blätter es erst heute, wo bereits außerordentliche Maßregeln getroffen werden mußten, für nöthig erachten, das Volk vor Ausschrei-

